bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 08 | 15. April 2005

Rechte Szene 2

NS-Wesensverwandtschaft
Aktivisten der jetzt verbotenen Neonazigruppen „Hauptvolk“ und „Sturm 27“ waren mehrfach an gewalttätigen Übergriffen beteiligt.

Gewaltbejahende Szene
Dortmunder Neonazis drohen ihren Gegnern nicht nur verbal – ein 17-jähriger „Mitläufer“ hat einen Punker erstochen.

Event bei Rieger
Im „Schützenhaus“ im thüringischen Pößneck fand – weitgehend ungehindert – ein Neonazikonzert statt.

Grund und Boden
Neue Immobilie für NPD soll „national befreite Zone Grafenwöhr“ sein.

Braune Trittbrettfahrer
Die diesjährigen Neonazi-Aufmärsche zum 1. Mai stehen ganz im Zeichen sozialer Demagogie.

"Aus anderem Holz geschnitzt"
Neonazi-Anwalt bestreitet Terrorpläne.

"Völkerverständigung"
Zunehmender Drang nach Osten.

Ausland 8

Ein "dreifaches Nein"
Der extrem rechte Front National will sich als „Protestpartei“ gegen die Europäische Verfassung profilieren.

"Rechte Flottbuben"
Spaltung bei den österreichischen Freiheitlichen – Jörg Haider und seine Gefolgschaft haben sich von blau modisch in orange umgefärbt.

Rezension 10

Braune Schwestern
Die neue Frauenbewegung der Rechtsextremen

Demokratische Initiativen 11

Zivilgesellschaft stärken
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Pirna über Wege zur Eindämmung von Rechtsextremismus.

Meldungen 12

Rechte Szene

NS-Wesensverwandtschaft

Aktivisten der jetzt verbotenen Neonazigruppen „Hauptvolk" und „Sturm 27" waren mehrfach an gewalttätigen Übergriffen beteiligt.

Die rechtsextreme Szene in Berlin und Brandenburg gerät immer stärker unter Druck. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) hat die Neonazi-Kameradschaft „Hauptvolk" verboten, die seit vier Jahren vor allem in Rathenow und Umgebung (Landkreis Havelland) ihr Unwesen trieb. Die Polizei durchsuchte mit einem massiven Aufgebot die Wohnungen von etwa 40 Rechtsextremisten, die als Mitglieder und Anhänger der Gruppierung gelten. „Mit dem Verbot setzen wir ein deutliches Signal im Kampf gegen den Rechtsextremismus", sagte Schönbohm. Der demokratische Staat müsse „seine Waffen im Kampf gegen die Feinde der Freiheit konsequent einsetzen". Schönbohm dankte vor allem dem Verfassungsschutz, „dessen Mitarbeiter durch aufwändige und akribische Aufklärung die Basis für das Verbotsverfahren gelegt haben". Anfang März dieses Jahres hatte bereits Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) die Kameradschaften „Tor" und „Berliner Alternative Süd-Ost" verboten.

Der Name zeugt deutlich von brauner Gesinnung

Das brandenburgische Innenministerium hält der Kameradschaft „Hauptvolk" eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus vor. In Publikationen mit Namen wie „Der Landbote" verherrlichte die Gruppierung prominente Nazis und agitierte gegen Juden. Außerdem wurde der Holocaust als „Schwindel" bezeichnet. Im Sommer 2002 beklebten Mitglieder des „Hauptvolks" Rathenower Straßenschilder mit Zetteln, auf denen „Rudolf- Heß- Straße" stand. Heß war Hitlers Stellvertreter in der NSDAP.

Schönbohm beendete auch die Existenz der zu der Kameradschaft zählenden Neonazi-Clique „Sturm 27". Deutlicher noch als „Hauptvolk" zeugt ihr Name von brauner Gesinnung: In Rathenow unterhielt einst die SA eine „Brigade 27".

Die Staatsanwaltschaft hat in den vergangenen Jahren fast die Hälfte der ungefähr 60 Mitglieder von „Hauptvolk" und „Sturm 27" mit Verfahren überzogen. Dabei ging es um Propagandadelikte und Gewalttaten. So soll mindestens ein Mitglied von „Hauptvolk" am Überfall von Neonazis auf einen jungen Linken in Rathenow beteiligt gewesen sein. Die vermummten Schläger stoppten im August 2004 das Auto, in dem der Linke saß, dann wurde er herausgezogen und geprügelt. Fünf Monate zuvor attackierte in Göttlin (Havelland) ein brauner Mob, darunter Neonazis vom „Sturm 27", mit Eisenstangen und Steinen ein Auto, in dem Linke saßen. Die Insassen kamen knapp mit dem Schrecken davon. Im Mai 2003 warfen „Sturm 27"-Mitglieder in Rathenow Steine auf Linke. Größere Empörung gab es 2002, als bekannt wurde, dass „Hauptvolk"-Mitglieder – für eine Security- Firma – das Rathenower Asylbewerberheim bewachten. Flüchtlinge hatten Schikanen beklagt. Schließlich übernahm ein anderes Unternehmen den Wachschutz.

Das Verbot der Neonazi-Gruppen und das staatliche Vorgehen gegen Rechtsextreme müssen laut Schönbohm durch verstärktes Engagement in der Gesellschaft ergänzt werden. „Der anhaltende Verfolgungsdruck kann rechtsextremistische Strukturen zerschlagen, nicht aber extremistisches Gedankengut in den Köpfen beseitigen", so der brandenburgische Innenminister. Er appellierte an „Politik, Kirchen, Vereine, aber auch Schulen und Eltern", sie müssten „ihre besondere Verantwortung wahrnehmen".

Vor dem Verbot des „Hauptvolks" wurden in Brandenburg nur zweimal Neonazi-Gruppen aufgelöst. 1995 traf es die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland", zwei Jahre später war die „Kameradschaft Oberhavel" an der Reihe.

Frank Jansen

Gewaltbejahende Szene

Dortmunder Neonazis drohen ihren Gegnern nicht nur verbal – ein 17-jähriger „Mitläufer" hat einen Punker erstochen.

„Dortmund ist unsere Stadt" steht auf dem Transparent, das die Kameradschaft aus der zweitgrößten Stadt in NRW bei ihren Aufmärschen vor sich her zu tragen pflegt. Auch ansonsten mangelt es der regionalen Szene nicht an Selbstbewusstsein. Von einer „national befreiten Zone Dortmund" schreibt die Kameradschaft aus dem benachbarten Hamm. Und das „Aktionsbüro West" erklärt, „dass in Dortmund keine antifaschistischen Umtriebe jeglicher Art geduldet werden". Man werde es „nicht zulassen, dass auch nur eine einzige Veranstaltung linker und antifaschistischer Kreise unbeobachtet, unkommentiert und vor allem ungestraft über die Bühne gehen wird". Die Dortmunder Linke habe „ihre Existenzberechtigung schon lange verwirkt". Wie das Leitbild der „Kameradschaft Dortmund" aussieht, ließ unlängst ihr Anführer Siegfried Borchardt („SS-Siggi") durchblicken, als er bei einer Veranstaltung von „Blood&Honour" und der noch radikaleren „Racial Volunteer Force" in den Niederlanden ein Loblied auf den SA-Straßenkämpfer Horst Wessel sang – an einem mit Hakenkreuzfahne, Reichsadler und SS-Totenkopf geschmückten Tisch stehend, wie Fotos belegen.

Zwar ist Dortmunds Neonaziszene weit davon entfernt, die von ihr erträumte „national befreite Zone" realisieren zu können. Doch sie bildet seit Jahren in Nordrhein-Westfalen die größte lokale Szene, wie der Verfassungsschutz beobachtet hat. Die Polizei rechnet allein zum harten Kern zwischen 70 und 80 Personen. Seit fünf Jahren gebärdet sie sich zunehmend dreister. Nicht auszuschließen, dass die forschen Sprüche von Borchardt & Co. jenem gerade einmal 17-jährigen Kameraden durchs Gehirn spukten, der am Abend des 28. März in einem Dortmunder U-Bahnhof einen 32-jährigen Punker durch einen Stich mitten ins Herz umbrachte und damit über die „Existenzberechtigung" eines Mitglieds jener Szene entschied, die zum Feindbild von Neonazis zählt. Entzündet haben soll sich der Streit zwischen beiden am Outfit des Jugendlichen mit Bomberjacke und Glatze. In der Folge soll der Jugendliche plötzlich ein Messer gezückt und gezielt zugestochen haben. Gegen den 17-Jährigen, der Polizei als vorbestrafter „Mitläufer" der rechten Szene bekannt, wurde Haftbefehl wegen Mordes erlassen.

Gerade einmal zwei Tage vergingen, da hatte ein Autor aus der Dortmunder Neonaziszene die Sprache wiedergefunden. Es sei „traurig, wenn erst Menschen sterben müssen, bis einige den Ernst der Lage erkennen", heißt es in dem Text, den unter anderem das „Aktionsbüro West" veröffentlichte. Und dann geht es im altbekannten Ton weiter, mit dem tatsächlichen oder vermeintlichen Neonazi-Gegnern gedroht wird: „Die Machtfrage wurde gestellt und wurde für uns befriedigend beantwortet: Dortmund ist unsere Stadt!" Zwei Tage nach dem tödlichen Messerstich schrieb jener Autor: „Jeder muss sich im Klaren darüber sein, dass man nicht nur geben, sondern auch nehmen muss."

Nicht zum ersten Mal gerät die regionale Neonaziszene angesichts brutaler Gewalttaten ins Jubilieren. „Berger war ein Freund von uns! – 3:1 für Deutschland" hieß es beispielsweise auf Aufklebern, mit denen im Sommer 2000 der dreifache Polizistenmörder Michael Berger, der sich nach seiner Tat auf der Flucht selbst tötete, von Dortmunder Neonazis gefeiert wurde. Diesmal tauchten in der Stadt Plakate auf, auf denen unverhohlen gedroht wurde: „Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben!" Presserechtlich verantwortlich für die Plakate: der Kölner Neonazi Axel Reitz.

Borchardt selbst bemühte sich, die Wogen etwas zu glätten: „Haltet den Ball flach." Den Tod des Punks versuchte er als Folge von quasi unpolitischen „Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Gruppen" zu erklären. Bei solchen Auseinandersetzungen seien „nicht selten Todesopfer zu beklagen", heißt es in einem Text Borchardts, dem er den Titel „No tears for punks" gab. Auch der „Nationale Sozialist im freien Widerstand", wie „SS-Siggi" sich bezeichnet, weiß spätestens seit dem Verbot von Neonazi-Gruppierungen in Berlin, dass auch Kameradschaften, die sich ganz offen auf den Nationalsozialismus beziehen und Gewalt befürworten, mit Sanktionen belegt werden können. Da empfiehlt es sich zuweilen, zumindest vorübergehend und verbal den Ball etwas flacher zu halten.

Tomas Sager

Event bei Rieger

Im „Schützenhaus" im thüringischen Pößneck fand – weitgehend ungehindert – ein Neonazikonzert statt.

Die thüringischen Behörden hätten gewarnt sein müssen. Schon seit Tagen wiesen Neonazis mit geheimnisvollen Hinweisen auf das „Abschiedskonzert“ des als Rädelsführer verurteilten Sängers der Berliner Rechtsrock-Band „Landser“, Michael Regener, im Internet hin. Es sollte ein Riesenevent vor dessen Haftantritt werden. Angekündigt wurde das Konzert auch auf der Homepage des bekannten Kameradschaftsführers Thorsten Heise in Thüringen. Dort wurde Tacheles geredet: „Landesparteitag der NPD Thüringen mit anschließender Kulturveranstaltung“ am 2. April. Für den musikalischen Rahmen sollten neben „Landser“-Sänger Regener auch Bands wie „Gegenschlag“ und „Odins Law“ sowie die Liedermacher Anett Moeck und Michael Müller sorgen.

Der NPD-Parteitag unter Führung von Frank Schwerdt begann bereits am frühen Nachmittag. Schleusungspunkt für die etwa 1000 anreisenden Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet war das Hermsdorfer Kreuz in der Nähe von Gera. Bei Konzertbeginn stand kein Polizeiwagen direkt vor dem Veranstaltungsort, wie Zeugen berichten. Immerhin hatte das „Schützenhaus“ in Pößneck durch einen Besitzerwechsel im letzten Jahr für überregionale Schlagzeilen gesorgt. Unter dem Deckmantel der britischen „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Ltd“ hatte der bekannte Hamburger Neonazi Jürgen Rieger die Immobilie für 360 000 Euro ersteigern können.

Die Parkplatze um das geräumige ehemalige Hotel füllten sich zusehends mit glatzköpfigen Besuchern, auch internationale Kennzeichen unter anderem aus Großbritannien waren erkennbar. Sascha Wagner, Konzertorganisator der Jungen Nationaldemokraten, soll für die Koordination zuständig gewesen sein. Erst gegen 20.00 Uhr mobilisierte die Polizei im größeren Stil und zog auch eine Hundertschaft aus dem benachbarten Sachsen-Anhalt hinzu. Nach Angaben von leitenden Polizeibeamten vor Ort hatte es vorab „keinerlei Hinweise“ des Thüringer Verfassungsschutzes gegeben, wonach Pößneck am 2. April zentraler Veranstaltungsort der nationalen Szene werden könne. Allein von der Logistik her, lag der Konzertort zwischen zwei Neonazi-Demonstrationen an diesem Tag in München und Verden/Niedersachsen und wurde von deren Teilnehmern gezielt angefahren. So sollen sich auch Bewohner von Riegers Neonazi-Zentrum „Heisenhof“ nach beendeter Kundgebung auf den Weg nach Pößneck gemacht haben.

Die Polizeikräfte sahen sich nicht in der Lage, das mehrstündige Konzert – trotz Verbotes durch die Stadtverwaltung – abzubrechen. „Auf Grund der hohen Besucherzahl war eine Auflösung nicht möglich“, sagte der Leiter der Polizeidirektion Saalfeld den lokalen Medienvertretern. Wie Bilder von „Spiegel-TV“ zeigen, kam es während des Neonazi-Konzertes zu Auseinandersetzungen zwischen glatzköpfigen Besuchern und der hauseigenen Security. Als ein Gast eine Scheibe zerschlug, schlugen die NPD-Sicherheitskräfte zu. Erst nach Ende der Veranstaltung wurden die Personalien der abreisenden Besucher erfasst und Platzverweise ausgesprochen. Für den NPD-Parteitag war keine Genehmigung erforderlich, da er als private Veranstaltung „auf der Basis eines Vertrages mit dem Eigentümer des Schützenhauses“ stattfand.

Aufgrund der Medienberichte hatte der schlampige Polizeieinsatz ein Nachspiel im Parlament. Der Vorwurf der Oppositionsparteien lautete: Polizei und Stadtverwaltung seien offensichtlich von dem Treffen überrascht worden, auch der Verfassungsschutz habe neuerlich versagt. Bei der Pressekonferenz des Innenministers am 6. April räumte Verfassungsschutz-Chef Thomas Sippel kleinlaut ein, man habe zwar bereits am 31. März gewusst, dass ein Skinhead-Konzert geplant sei, aber: „Wir hatten einen Hinweis auf Nordhausen.“ Ein Blick auf die Landeskarte offenbart jedoch die räumliche Nähe zwischen dem Schleusungspunkt Hermsdorfer Kreuz und Pößneck. Thüringens Innenminister Karl Heinz Gasser steckte diese Kritik ein und sagte, er wolle nichts beschönigen, denn „da hätte man zwei und zwei zusammenzählen können.“ So aber blieb die Polizei in der Unterzahl und Riegers Standort in Thüringen konnte mit einem Paukenschlag aktiviert werden. Bleibt die Frage, ob die thüringischen Behörden auf die nächsten potenziellen Veranstaltungen vorbereitet sind?

Andrea Röpke

Grund und Boden

Neue Immobilie für NPD soll „national befreite Zone Grafenwöhr" sein.

Uwe Meenen (40), NPD-Bezirksvorsitzender von Unterfranken und Mitglied des NPD-Landesvorstandes Bayern, hat am 1. April die Tennishalle im bayrischen Grafenwöhr mit notariellem Kaufvertrag erworben. Damit, so ist auf der Homepage der NPD Unterfranken zu lesen, „steht der Partei wie auch den wohlwollenden Freien Kräften endlich ein großes Objekt zur Verfügung, um Veranstaltungen durchführen zu können." Weiter erklärt die NPD: „Grafenwöhr wird uns nicht nur die 'Stadt der Landesparteitage' sondern auch Ort von Konzerten und Festen sein. Erpressungen von Gastwirten durch die Staatssicherheitsorgane der BRD haben damit ein Ende". Die Bekanntgabe des NPD-Immobilienerwerbs auf der Homepage trägt den Titel „National befreite Zone Grafenwöhr".

Die Einweihung soll am 2. Juli „mit einem großen antiamerikanischen Kulturfest" unter dem Motto „Nein zu Sklaverei, Geldherrschaft und Imperialismus: USA-Auflösung jetzt!" stattfinden. Der Verkäufer der Halle in Grafenwöhr soll mit der NPD noch in weiteren Verhandlungen wegen einer Halle im sächsischen Pappritz gestanden haben.

Mit dem Erwerb von Immobilien ist Meenen vertraut. Im März 2001 war er mit finanzieller Hilfe des im spanischen Marbella lebenden Rechtsextremisten Rolf Hanno an der Ersteigerung von Schloss Trebnitz bei Bernburg in Sachsen-Anhalt für den Neonazi Steffen Hupka, vormals NPD-Landeschef in Sachsen-Anhalt, beteiligt. Die beabsichtigte Nutzung als „Deutsches Kultur- und Bildungszentrum" konnte allerdings nicht realisiert werden. Das Objekt wird derzeit von Hupka zum Kauf (Mindestgebot: 235 000 Euro) angeboten.

Meenen, selbständiger Verlagskaufmann im bayrischen Lengfeld bei Würzburg, wurde im März dieses Jahres vom Amtsgericht Würzburg wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen a'20 Euro verurteilt. Eigenangaben von Meenen zufolge verdient dieser monatlich nur 600 Euro. Bald werde sein Einkommen aber steigen, sagte er bei der Verhandlung. Er warte auf ein Existenzgründer-Darlehen der Bundesagentur für Arbeit. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Verteidigt wurde Meenen von Wolfram Nahrath, letzter Bundesführer der neonazistischen 1994 verbotenen Wiking-Jugend.

Seinen politischen Werdegang startete Meenen 1984 als Kreisschatzmeister der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) in Würzburg. Danach wurde er Mitglied der Republikaner und stieg zum Bundesvorsitzenden der Jungen Republikaner auf. 1986 kandidierte er für die REP bei der bayrischen Landtagswahl. Später wurde er Redaktionsmitglied der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst" und Mitarbeiter des Verlages Siegfried Bublies. Im August 1991 zählte Meenen zu den Gründungsmitgliedern der JN-nahen Organisation „Sache des Volkes", deren Vorstandssprecher er wurde.

Am 21. Dezember 1991 war Meenen Gründungsmitglied der noch heute aktiven rechtsextremen Gruppierung Bund Frankenland. In einem 2004 verbreiteten Flugblatt (presserechtlich Verantwortlicher: Meenen) der Organisation wird unter anderem die „gänzliche und sofortige Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Beendigung der Ausländerbeschäftigung", die „Entausländerung der Wohnbevölkerung" und die „Rettung des deutschen Sozialstaates durch Einführung eines Staatsarbeitsdienstes für arbeitsfähige Hilfsbedürftige" gefordert. Am 15. Januar führte der Bund Frankenland eine „Mahnwache" in Nürnberg „Gegen US-amerikanische und israelische Kriegsverbrechen im Nahen Osten" durch. Verteilt wurde ein Flugblatt, in dem von der „verbrecherischen Ausrottungsstrategie der israelischen Staatsführung" die Rede ist. Solidarität bekundete man stattdessen mit dem „Befreiungs-Nationalismus der Palästinenser und Iraker", da sich dieser „gegen dieselben Mächte wendet, die Deutschland besetzt und besiegt halten." Presserechtlich verantwortlich zeichnet für das Flugblatt Meenen mit der Anschrift der NPD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Darunter finden sich die Postfachadressen des Bund Frankenland in Nürnberg und Würzburg.

Neben Horst Mahler und Reinhold Oberlercher zählte Meenen bis 2004 zum Führungstrio des antisemitischen Deutschen Kollegs.

Anton Maegerle

Braune Trittbrettfahrer

Die diesjährigen Neonazi-Aufmärsche zum 1. Mai stehen ganz im Zeichen sozialer Demagogie.

Auf den ersten Blick scheint es sich bei der Homepage www.keine-agenda2010.de um eine Internetseite der Kritiker der umstrittenen Hartz IV-Reform zu handeln. „Keine Agenda 2010 – Das Volk sind wir“, heißt die Parole, die von Hartz-Gegnern in der Vergangenheit schon häufiger verwendet wurde. Auf einem Banner sieht man bunte Luftballons mit den Aufschriften ALG II, Gesundheitsreform und Agenda 2010 schweben. Erst bei genauerem Hinsehen erkennt man, dass es sich bei den Internetbetreibern um rechtsextreme Trittbrettfahrer handelt, die mit geschickter Propaganda Sympathien gewinnen wollen. Die Seite, die in der letzten Zeit manchmal nicht zu erreichen war, wird vom „Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ betreut. Erst wenn man den Button „Alternativen“ auf der Internetseite anklickt, wird der rechte Jargon offen verbreitet. Dort wird „Ausländerrückführung“ gefordert ebenso wie Zwangseinziehungen in den Arbeitsdienst, der als Kampf gegen „Schmarotzertum und Volksbetrug“ ausgegeben wird. Ausführlich nehmen sich die Rechtsextremen die verschiedenen politischen Parteien vor und stilisieren sich als unverbrauchte politische Kraft.

In diesem Jahr wollen Neonazis auch am 1. Mai die Propaganda gegen Hartz IV in den Mittelpunkt stellen. In Magdeburg und Nürnberg will die NPD mit der Parole „Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir“ auf die Straße gehen. In Neubrandenburg lautet die Parole der Rechtsextremen zum 1. Mai „Arbeit durch Systemwechsel – Nationaler Sozialismus schafft Arbeit“. Die Federführung hat dort die „Mecklenburgische Aktionsfront“, die dem Spektrum der besonders NS-freundlichen Freien Kameradschaften zuzurechnen ist. So heißt es denn auch in unverkennbarer Nazidiktion und mit origineller Orthographie: „Der 1. Mai ist ein Bekenntnis zu dem uns allen ernährenden Boden, ein Bekenntnis zu seelischer und geistiger Gemeinsamkeit aller Volksgenossen...“ In dem Aufruf wird die PDS mit möglichen Krawallen in Berlin-Kreuzberg in Verbindung gebracht. Die Rechten geben sich ganz bürgernah: „Wir sind nicht gewalttätig und kriminell. Wir sind nationale Sozialisten“.

In Worms und Frankenthal ruft eine „Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland“ zur Maidemonstration. Die im letzten Jahr von Lars Käppler initiierte rechtsextreme Kleinstgruppe ist bisher vor allem mit der Propaganda gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei hervorgetreten. Am 1. Mai soll auf einer Demonstration in Worms mit der Parole „Stoppt die Ausplünderung des deutschen Volkes. Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ der Rassismus mit dem Kampf gegen Hartz IV verbunden werden. Die Demonstration in Frankenthal steht unter dem Motto „1.Mai – Tag der deutschen Arbeit. Globalisierungswahn stoppen“. Besonders Jugendliche sind die begehrte Zielgruppe. So richtete die „Kameradschaft Kurpfalz“ einen Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration an alle Schülervertretungen von Worms und Frankenthal.

Durch die zahlreichen dezentralen rechten Aktivitäten hat auch die von Christian Worch angemeldete 1. Mai-Demonstration in Leipzig an Bedeutung verloren. Sie hat weiterhin den Kampf gegen Links im Mittelpunkt, was schon durch das Motto „Connewitz wir sind bereit! Du auch?“ deutlich wird.

Nicht nur zum 1. Mai haben die Braunen Hartz IV für sich entdeckt. Bei zahlreichen rechtsextremen Demonstrationen steht das Thema im Zentrum. Am 16. April gehen NPD und Freie Kameradschaften in Erfurt mit der Parole „Endlich Gerechtigkeit für alle Deutschen“ auf die Straße. Das war auch das Motto von mehreren „nationalen Montagsdemonstrationen“ in Eisenach. Auf ihrer Homepage bescheinigt sich das neonazistische „Aktionsbüro Thüringen“, mit regelmäßigen Aktionen gegen Hartz IV langsam Sympathie in der Bevölkerung gewinnen zu können.

Die Konzentration auf Hartz IV ist auch ein Ergebnis von innerrechten Strategiedebatten. Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hieß es auf rechtsextremen Internetseiten, dass Wahlen nicht mit einem nostalgischen NS-Bezug und martialischen Straßenumzügen gewonnen werden könnten. Man müsse vielmehr vor allem soziale Themen aufgreifen.

Peter Nowak

"Aus anderem Holz geschnitzt"

Neonazi-Anwalt bestreitet Terrorpläne.

Im Zusammenhang mit mutmaßlichen Anschlagsplänen auf das jüdische Zentrum in München sind bereits einige Neonazis der Kameradschaft Süd wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung schuldig gesprochen worden. Martin Wiese, der als Chef der Gruppe angesehen wird, ficht dies nicht an: „Mein Mandant sieht darin keine Veranlassung, die weiße Fahne zu hissen", erklärte jetzt sein Anwalt Günther Herzogenrath-Amelung.

Vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht kritisierte der Verteidiger das in einem Parallelverfahren gefällte Urteil gegen einige von Wieses Gesinnungsgenossen. Und er versuchte, die Aktivitäten der Gruppe, die sich Sprengstoff besorgte und Wehrsportübungen machte, zu relativieren. Er bezweifelte, wie ein Zusammenschluss von zwölf Menschen die demokratische Grundordnung stürzen könne. „Hierzu fehlten jegliche Voraussetzungen personeller, finanzieller und logistischer Art", sagte Wieses Anwalt. Und: Wirkliche Revolutionäre seien „aus anderem Holz geschnitzt". Die Geständnisse der Mitangeklagten Alexander Maetzing und David Schulz wertet Herzogenrath-Amelung als Versuch, den „Kopf aus der Schlinge zu ziehen". Was Maetzing von Richtern und Journalisten hält, ist kürzlich publik geworden. In einem an den vierten Angeklagten Karl-Heinz Statzberger gerichteten Brief, der abgefangen wurde, tat er kund, dass ihm die Bezeichnung als Terrorist egal sei: „Es spielt doch keine Rolle, wie die Idioten (er meint Richter und Medien) mich betiteln". Wichtiger sei vielmehr, „wie lange wir in Haft sitzen."

Die Richter des 6. Strafsenats verlasen auch Briefe, die aus der Feder des 29-jährigen Wiese stammen. Darin hetzt der Hauptangeklagte gegen die „Judenrepublik" und den Bau des jüdischen Zentrums: „Hauptsache die jüdische Gemeinde kann dort ihren Ringelpietz aufführen", höhnt er. Zu einer Verständigung bezüglich einer eventuellen Strafe für Wiese ist es bis dato offensichtlich noch nicht gekommen. Wieses Verteidigung hatte kürzlich angedeutet, mit der Bundesanwaltschaft Kontakt aufnehmen zu wollen.

Magnus Bosch

"Völkerverständigung"

Zunehmender Drang nach Osten.

In der Nacht vom 9. zum 10. April versammelten sich in der Nähe der Stadt Brünn (Brno) in Tschechien rund 150 Rechtsextreme, darunter auch wieder aus Deutschland. Erst Ende März waren unbehelligt von Behörden oder Polizei rund 500 Rechtsextreme aus Deutschland, Tschechien, Polen und der Slowakei in der nordböhmischen Stadt Jablonne v Podjestedi nahe der sächsischen Grenze zu einer Kundgebung zusammengekommen, bei der Rechtsrock-Gruppen aus Europa („Race Riot", „Conflict 88") und den USA („Final War", „Max Resist") auftraten. Organisiert worden war das als „Geburtstagsfeier" angemeldete Treffen von der Skinhead-Organisation „Blood&Honour". Im rechtsextremen Störtebeker-Netz wurde die Versammlung als „Jugendtreffen zur Demonstration der Völkerverständigung zwischen Nationalisten ehemals verfeindeter Nationen" bezeichnet . Deutsche Neonazis stellten mit rund der Hälfte den Löwenanteil der Besucherschaft. Aufnahmen des tschechischen Fernsehsenders „Prima" zeigten Autokennzeichen aus Sachsen und Thüringen.

Verfassungsschützer in Tschechien und Deutschland konstatieren einen verstärkten „Drang nach Osten" der rechten Szene der Bundesrepublik. Das Grenzgebiet zwischen Böhmen und Sachsen wurde in der Vergangenheit häufiger zum Schauplatz nicht angemeldeter Demonstrationen, Kundgebungen oder Konzerten von Neonazi-Bands, die in Deutschland Auftrittsverbot haben. In seinem jüngsten Bericht stellt der Prager Geheimdienst fest, dass tschechische Neonazis die Dezentralisierungs-Strategie deutscher Rechtsextremen kopieren. Die nationale Szene organisiere sich demnach zunehmend in kleinen Gruppen, die unabhängig voneinander operieren und ihre Tätigkeiten via E-Mail und Internet koordinieren.

Auch die deutsche Idee einer „Volksfront von Rechts" findet in Tschechien Nachahmer. So forderte die Nationalpartei (Národni strana) alle rechtsextremen Organisationen auf, sich unter dem Motto „Gemeinsam gegen alles" auf eine Strategie für die Parlamentswahl 2006 zu verständigen.

Michael Funk

Ausland

Ein "dreifaches Nein"

Der extrem rechte Front National will sich als „Protestpartei" gegen die Europäische Verfassung profilieren.

Alles, was rechts ist, wird wach: Im Vorfeld des französischen Referendums über den EU-Verfassungsvertrags, das am 29. Mai stattfinden wird, macht auch die nationalistische, rassistische und extreme Rechte aller Schattierungen mobil.

Es ist keineswegs das Rechtsaußen-Spektrum allein, das sich an der Debatte um den Verfassungsvertag beteiligt: Die Stimmen, die dazu aufrufen, bei der Abstimmung mit Nein zu votieren, kommen zahlenmäßig mehrheitlich aus dem linken und gewerkschaftlichen Bereich. Deren Motive sind völlig anderer Natur als jene der Rechtsextremen. Vollkommen im Vordergrund steht bei letzteren die Frage eines zukünftigen türkischen EU-Beitritts. Diese Frage steht in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Abstimmung, doch lässt sie sich besonders gut instrumentalisieren, um Ressentiments zu entfachen und zu mobilisieren.

„Die Stimme der sozialen Notwehr"

Besonders deutlich wird dies beim Mouvement national républicain (MNR, National-republikanische Bewegung) unter Bruno Mégret. Der MNR, der aus der Spaltung des Front National – der dominierenden rechtsextremen Partei – von 1999 hervor ging und damals die Mehrzahl der Funktionäre und Kader mitnahm, ist in der Folgezeit aufgrund schlechter Wahlergebnisse in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Zur Zeit versucht er, die Aufmerksamkeit während der Abstimmungskampagne für ein Comeback zu nutzen. Am 18. März stellte Bruno Mégret die Kampagne seiner Partei vor, die unter dem Motto: „Für unser Europa, Nein zur Verfassung, Nein zur Türkei" steht. Der Chef des MNR kritisierte dabei, dass die Verfassung „weder die Grenzen Europas noch seine kulturelle Identität, die auf seinen christlichen Wurzeln beruht", festlege. Am 8. April in Lyon vollzog Mégret jedoch eine Kehrtwende und machte Präsident Jacques Chirac das „Angebot", dieser solle sich jetzt verbindlich auf eine Ablehnung des türkischen EU-Beitritts festlegen – und der MNR werde zur Annahme des Verfassungsvertrags aufrufen.

Andere Akzente setzt der Front National. Im Unterschied zum MNR, der neben der Nation auch die „europäische Zivilisation" und „regionale Identitäten" positiv besetzt, ist der FN ideologisch weitgehend auf die Verteidigung des klassischen Nationalstaats festgelegt. Und anders als der MNR, der immer wieder – bisher jedoch vergeblich – an potenzielle Bündnispartner im konservativen Spektrum anzuknüpfen versucht, strebt der FN eher nach einer Profilierung als „Protestpartei". So stellt der Front National seine Abstimmungskampagne in das Zeichen des „dreifachen Nein". Das bedeutet erstens: „Nein zur Auflösung der Nationen", also die Ablehnung des supranationalen Prinzips. Dann kommt natürlich: „Nein zur Türkei". Und schließlich „Nein zu Chirac", da der Präsident das Referendum einberuft und dessen Erfolg oder Misserfolg auch als Ausdruck der Popularität Chiracs gilt.

Die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die ansonsten die Referendumskampagne beherrschen, da die linke und gewerkschaftliche Kritik vor allem das im Verfassungstext festgeschriebene „neoliberale Wirtschaftsmodell" betrifft, spielt bei der extremen Rechten im allgemeinen eine untergeordnete Rolle. Doch darf man ihre Fähigkeit, auch solche konkreten Fragen aufzugreifen, nicht unterschätzen. Bislang führt der FN eine weitgehend auf einzelne Regionen konzentrierte Kampagne, da die Partei derzeit auf nationaler Ebene – wo sich die Frage der Nachfolge Jean-Marie Le Pens stellt – zerstritten und weitgehend handlungsunfähig ist. Auf regionaler Ebene sticht dabei bisher die Kampagne in der Krisenregion Nord-Pas de Calais, dem ehemaligen Kohlerevier nahe der belgischen Grenze, ins Auge. Hier führt FN-Generalsekretär Carl Lang eine Aufsehen erregende Kampagne, die auch die sozialen und ökonomischen Aspekte einzubinden versucht. So rief Carl Lang am 4. April in der Provinzhauptstadt Lille dazu auf, eine „Stimme der sozialen Notwehr" abzugeben gegen einen Verfassungsentwurf, der den multinationalen Konzernen nutze und „der Arbeit, dem Mittelstand, dem Handwerk" schade.

Bernhard Schmid

"Rechte Flottbuben"

Spaltung bei den österreichischen Freiheitlichen – Jörg Haider und seine Gefolgschaft haben sich von blau modisch in orange umgefärbt.

„FPÖ schließt Jörg Haider aus“. Eine solche Schlagzeile wäre bis vor kurzem für einen Aprilscherz gehalten worden. Als sie jedoch in den österreichischen Tageszeitungen erschien, war der 1. April schon genau eine Woche vorbei. Wenige Tage zuvor hatte sich Haider jedoch selbst – assistiert von seiner Schwester und formellen FPÖ-Chefin Ursula Haubner sowie vom freiheitlichen Vizekanzler Hubert Gorbach und dem parlamentarischen Fraktionsführer Herbert Scheibner – von der FPÖ abgespalten und die Gründung einer neuen Partei, des BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich), angekündigt.

Dieser Politgroteske ist ein beispielloser Absturz der Freiheitlichen Partei bei allen Wahlen vorausgegangen. Jörg Haider, der die FPÖ im Herbst 1986 handstreichartig übernommen und aus einer sozial-liberalen Koalition heraus auf scharfen rechten Oppositionskurs geführt hatte, war seither die unbestrittene Führungsfigur in der FPÖ, wenngleich er nach der Bildung der ÖVP-FPÖ-Koalition im Februar 2000 – unter anderem auch wegen des internationalen Drucks – den Parteivorsitz formell zurücklegte. Als Haider 1986 Parteichef wurde, lag die FPÖ in Umfragen bei 4 Prozent. 14 Jahre lang gewann Haider mit populistischen Parolen (und gezielter Ausländerfeindlichkeit) alle Wahlen. Im Herbst 1999 überholte die FPÖ bei der Nationalratswahl mit über 27 Prozent sogar knapp die ÖVP und wurde Nummer 2 hinter den Sozialdemokraten. Haider bot aber ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel den Kanzler an, der sich diese Gelegenheit nicht entgehen ließ.

Als Nummer 2 in der Regierung begann aber für die FPÖ der politische Absturz. Die Früchte der Regierungsarbeit erntete die ÖVP – und die Protestwähler wandten sich sowieso enttäuscht von der FPÖ ab. Im Sommer 2002 versuchte Jörg Haider, die Notbremse zu ziehen. Er inszenierte ein Delegiertentreffen in Knittelfeld, das einen schärferen Kurs der freiheitlichen Regierungsriege gegenüber der ÖVP verlangte. Die damalige Vizekanzlerin und Parteichefin Susanne Riess-Passer und ihre Getreuen sahen sich in der Zwickmühle zwischen ihrer eigenen Parteibasis und dem Koalitionspartner ÖVP und warfen das Handtuch. Haider hatte offenbar erwartet, dass in einem solchen Fall Bundeskanzler Schüssel mit der FPÖ über den weiteren Regierungskurs verhandeln würde. Aber Schüssel kündigte blitzschnell öffentlich Neuwahlen an, ohne vorher den Regierungspartner zu informieren.

Die ÖVP wurde bei der Nationalratswahl im November 2002 Nummer 1 – die FPÖ fiel von 27 auf 10 Prozent. Da es jedoch weiterhin eine arithmetische Mehrheit für schwarz-blau gab, setzte Schüssel die Koalition fort. Bei allen weiteren Wahlen (mit Ausnahme der Kärntner Landtagswahl, wo Jörg Haider persönlich – nicht zuletzt auch mit Kritik an der Regierung in Wien – dazu gewann) setzte sich der Niedergang der FPÖ fort.

Neue Partei will absolut "ideologiefrei" sein

Bei der EU-Wahl im Juni 2004 stürzte die FPÖ von 23,4 auf 6,3 Prozent ab, aber innerhalb der FPÖ gewann der eigentlich als Nummer 3 gereihte Rechtsaußen-Kandidat Andreas Mölzer durch Vorzugsstimmen das einzige FPÖ-Mandat. Mölzer wurde im Februar 1992 erstmals einer größeren Öffentlichkeit bekannt, als er die Befürchtung äußerte, dass sich in Deutschland und Österreich durch Immigration eine „Umvolkung“ anbahne. Nach seinem Einzug ins EU-Parlament sprach sich Mölzer für eine „Anti-Immigrations-Front“ gemeinsam mit dem französischen Front National, dem belgischen Vlaams Blok und anderen rechtsextremen Parteien aus. In einer Studie der Europarats-Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) wird Andreas Mölzer als „eine Schlüsselpersönlichkeit in den Versuchen, eine ständige und institutionalisierte Verbindung zwischen den rechtsextremen europäischen Parteien zu schaffen“ bezeichnet.

Haider bestand aber im vergangenen Jahr darauf, nicht nur Mölzer, sondern auch einige weitere prononciert regierungskritische Rechte in die Parteileitung einzubeziehen – und ging auch selbst wieder auf deutliche Distanz zum Regierungskurs. Die „Knittelfelder“ aus dem Jahr 2002 fühlten sich also von Haider bestärkt und gaben auch öffentlich der Regierungspolitik Schuld am politischen Niedergang der FPÖ. Obwohl diese ursprünglich von Haider geförderten Rechten

eigentlich nichts anderes sagten als ihr Vorbild selbst, schwenkte Jörg Haider ziemlich plötzlich um und bezichtigte nun die Kritiker der Regierungspolitik (vor allem seinen langjährigen Weggefährten und ideologischen Berater Andreas Mölzer), für die schlechten Wahlergebnisse der FPÖ verantwortlich zu sein. Auf Geheiß von Jörg Haider wurde Mölzer darauf hin aus der FPÖ ausgeschlossen.

Drei Wochen vor dem angekündigten Bundesparteitag der FPÖ, bei dem Haider eventuell an die Parteispitze zurückkehren wollte, vollzog er dann aber die überraschende Abspaltung von der FPÖ. Wirkliche ideologische Differenzen sind für diese Parteispaltung wohl nicht ausschlaggebend gewesen. Offenbar hatten Haider und die FPÖ-Regierungsriege befürchtet, dass ihnen der Koalitionspartner ÖVP den Stuhl vor die Tür setzt, sollte innerkoalitionäre Kritik zu laut werden. Deshalb hat man sich schnell von den „Destruktiven“ getrennt (die nun auch die Parteischulden übernehmen sollen) und sich von blau modisch in orange umgefärbt. Und Haider hat jetzt wiederholt erklärt, seine neue Partei wolle absolut „ideologiefrei“ sein. Die in Österreich sehr bekannte Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi hat dennoch treffend festgestellt: „Wie ein Richtungsstreit zulasten des rechten Flügels nimmt sich der Krach in der FPÖ jedenfalls nicht aus. Eher wie der Versuch, rechte Intellektuelle gegen rechte Flottbuben auszutauschen.“

Bundeskanzler Schüssel (im ersten Halbjahr 2006 EU-Ratspräsident) und seine ÖVP haben jedenfalls bereits angekündigt, die Koalition nun mit Haider und dem BZÖ fortsetzen zu wollen – und sehen die innenpolitische Lage durch die „Klärung mit der FPÖ“ sogar stabilisiert. Zwischen der verbliebenen FPÖ und dem neuen BZÖ bahnt sich inzwischen ein jahrelanger Rechtsstreit über Geld (vor allem Schulden), Parteilokale und Vertretungsbefugnisse an. Es ist durchaus möglich, dass noch vor der rechtlichen eine politische Klärung, und zwar durch die Wähler/innen kommt: nämlich das parlamentarische Aus für das sogenannte „Dritte Lager“, also die deutschnationale Rechte in Österreich.

Adalbert Krims

Rezension

Braune Schwestern

Die neue Frauenbewegung der Rechtsextremen

Seit geraumer Zeit gibt es in der rechtsextremen Szene vermehrt Frauen und Mädchen, die nicht nur als Freundinnen oder Mitläuferinnen auftreten oder akzeptiert werden wollen. Die „braunen Schwestern“ legen Wert darauf, „Kameradinnen“ zu sein. Mädchen und junge Frauen marschieren heute in vorderster Front bei rechten Demonstrationen mit. Zudem zeichnet sich eine Zunahme von Frauen ab, die (Führungs-)Positionen in Parteien und Organisationen bekleiden sowie eigene Versandhandlungen, Frauen- und „Mädelgruppen“ gründen.

„Braune Schwestern?“ befasst sich mit den Protagonistinnen der Organisationen, die stehen zum Teil als „Bücherfrauen“ zwischen rechter Esoterik, völkischer Bewegung und offener NS-Szene. Untersucht wird neben dem Widerspruch zwischen der Rolle als Kämpferin und der im völkischen Weltbild begründeten als Hausfrau und Mutter auch das Verhältnis von Sexismus und Antisemitismus. Auch hier leben Neonazi-Aktivistinnen mit einem Widerspruch. Denn gerade in der rechtsextremen Skinhead-Szene werden sie oft mit dem Sexismus und der sexuellen Gewalt der eigenen „Rasse“ konfrontiert. Thematisiert wird dies jedoch selten, während rechte Frauen Migranten, Juden und Farbige als Vergewaltiger und Mädchenhändler diffamieren. Die Autorinnen weisen darauf hin, dass seit Ende der 90er Jahre verstärkt Neugründungen rechter Frauenorganisationen in Deutschland zu beobachten sind. Dabei hätten auch Errungenschaften der Frauenbewegung Spuren hinterlassen. Ferner könne davon ausgegangen werden, „dass (rechte) Frauen nicht weniger extrem rechte Positionen anhängen als Männer.“

Abgerundet wird der Band mit einem Beitrag über den französischen „Front National“, dessen völkisches Frauenbild sich im Zuge der Neuen Rechten modernisierte, heute aber eine Retraditionalisierung erlebt.

Michael Klarmann

Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hg.): Braune Schwestern? – Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Unrast-Verlag, Münster, 2005, 140 S.,14,00 €

Demokratische Initiativen

Zivilgesellschaft stärken

Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Pirna über Wege zur Eindämmung von Rechtsextremismus.

Netzwerke bilden und die politische Bildung verstärken, um rechtsextreme Gruppierungen und Parteien zurückzudrängen, das waren die Hauptforderungen der Teilnehmer einer Bürgerdiskussion im sächsischen Pirna am 7. April 2005. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim Hacker, hatte zur Veranstaltung „Durch Bürgerengagement Demokratie stärken" zu einer öffentlichen Veranstaltung in die Pirnaer Stadtbibliothek eingeladen. Unter der Leitung von Renate Jäger, SPD-Bundestagsabgeordnete aus der Sächsischen Schweiz, diskutierten neben Hacker die Abgeordneten Sebastian Edathy, Vorsitzender der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion, und Christine Lehder, Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der sächsische Landtagsabgeordnete Stefan Brangs sowie Manfred Lindemann vom Netzwerk Sachsen – Gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit e.V. mit etwa 40 Bürgerinnen und Bürgern.

Hans-Joachim Hacker hob in seiner Begrüßung die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Stärkung der Zivilgesellschaft hervor. In der anschließenden regen Diskussion wurde von vielen Teilnehmern beklagt, dass die Jugendlichen heute zu wenig über den Nationalsozialismus in der Schule lernten. Sebastian Edathy forderte, „Erziehung zur Demokratie muss spätestens in der Grundschule beginnen und genauso vermittelt werden wie Lesen, Schreiben und Rechnen."

Stefan Brangs hielt fest, dass die erschreckend hohen Wahlergebnisse für die NPD bei der Kommunal- und bei der Landtagswahl auch mit der ignoranten Politik der CDU in den vergangenen Jahren zusammenhingen. Der ehemalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf habe noch 1998 behauptet, Sachsen sei immun gegen Rechtsextreme. Er beklagte einen Wertewandel in der Gesellschaft, dem entgegengewirkt werden müsse.

Wie wenig gefestigt die Demokratie in Teilen der Bevölkerung und wie klein der Schritt von der PDS zur NPD ist, beschrieb ein Diskutant aus dem Publikum: Früher hätten die Leute, denen etwas nicht passte, ihr Kreuz bei der PDS gemacht. Dann hätten sie gesehen, dass diese zwar im Parlament stark ist, aber nichts bewirkt hat. Deshalb probierten es diese Leute nun mit der NPD.

Nach dieser Diskussion erklärte der SPD-Politiker Edathy: „Rechtsextremismus können wir nicht mit kurzatmigen Maßnahmen, sondern nur mit einer langfristig angelegten Strategie begegnen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb dafür ein, dass das materielle Engagement des Bundes im Bereich der Demokratie-Stärkung wirksam verstetigt wird."

Um sich über die Wirkung dieser Bundesprogramme zu informieren, besuchten die Abgeordneten in Pirna die „Aktion Zivilcourage" und das Projekt „JugendLand" in Bad Schandau. Der Einsatz der jungen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter zeugt von viel Engagement und Mut. Zumindest in Pirna gibt es dafür eine wichtige Unterstützung. Nach einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister Markus Ulbig (CDU) sagte die Abgeordnete Christine Lehder: „Ich wünschte, in allen Gemeinden gäbe es solche Bürgermeister, die sich so engagiert gegen Rechtsextreme stellen."

Vom Besuch der SPD-Abgeordneten bei den Initiativen hatte der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Landtagsfraktion Uwe Leichsenring durch eine Presseerklärung erfahren und beklagte, dass es keine öffentlichen Auftritte der Bundestagsabgeordneten gäbe. Effektiv scheinen seine Informanten vor Ort nicht zu arbeiten. „Er hätte kommen können", betonte Hacker. „Schließlich war die Veranstaltung rechtzeitig in der örtlichen Presse angekündigt. Wir hätten uns sachgerecht mit ihm auseinandergesetzt. Aber eine seriöse Diskussion hat er wohl gescheut."

Brigitte Deja

Meldungen

Trickserein mit Unterstützungsunterschriften

Düsseldorf - Republikaner und NPD können neben 13 weiteren Parteien bei der Landtagswahl in NRW am 22. Mai antreten. Dies hat der Landeswahlausschuss in Düsseldorf beschlossen. Offen ist aber noch, ob die Republikaner – wie geplant – in allen 128 Wahlkreisen kandidieren dürfen. Die lokalen Kreiswahlausschüsse in Oberhausen, Mülheim/Ruhr, Gütersloh, im Märkischen Kreis und im Rhein-Sieg-Kreis strichen rund zehn REP-Kandidaten von den Wahllisten. Vorgeworfen wird der Partei, sie habe sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Unterstützungsunterschriften für den Wahlantritt verschafft. Vermeintliche REP-Unterstützer waren offenbar im Glauben gelassen worden, dass sie ihre Unterschrift für eine Aktion gegen sexuelle Gewalt gäben; tatsächlich aber unterzeichneten sie das Unterstützungsformular. Hinweise auf Trickserein der Republikaner gibt es bislang aus knapp 30 Städten. Mehrere Staatsanwaltschaften ermitteln wegen des Verdachts der Urkundenfälschung und der versuchten Wahlfälschung. In einigen wenigen Fällen richten sich die Ermittlungen auch gegen NPD-Werber. Einer ihrer Kandidaten wurde in Gütersloh wegen gefälschter Unterschriften von der Wahl ausgeschlossen. (ts)

„Extrem gefährlich“

USA (Chicago) – Der US-amerikanische Rechtsextremist Matthew Hale wird die kommenden Jahrzehnte hinter Gittern verbringen müssen. Rund zwei Jahre nach seiner Verhaftung ist der Kopf der ehemals als World Church of the Creator (WCOTC) bekannten Gruppierung „Creativity Movement“ zu einer Haftstrafe von 40 Jahren verurteilt worden. Der 33-jährige Rassist und Antisemit war schuldig befunden worden, einen Mitstreiter im Jahr 2003 zum Mord an der Bundesrichterin Joan Lefkow angestiftet zu haben, die in einem Namensstreit gegen die WCOTC entschieden hatte. Das Gericht bezeichnete Hale als „extrem gefährlich“ und stufte die Tat als Terrorakt ein. Eine Aussicht auf vorzeitige Entlassung besteht für den selbst ernannten Pontifex Maximus, der dem FBI Diffamierung sowie das Fälschen von Beweisen vorwirft, damit frühestens in 34 Jahren. Das Urteil fiel nur wenige Wochen, nachdem Lefkows Ehemann und ihre Mutter in einem Vorort von Chicago brutal ermordet worden waren. Das Verbrechen, das sich letztendlich als das Werk eines Einzeltäters ohne Verbindungen ins rechte Lager heraus stellte, wurde von Hales Anhängern in Internetforen teilweise enthusiastisch begrüßt. Bereits kurz nach Lefkows Entscheidung zu Ungunsten der WCOTC vor zwei Jahren war die Privatadresse der Richterin auf verschiedenen Neonazi-Internetseiten veröffentlicht worden. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de